



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



20. Mai 1990
10. Jahrgang, S. 94 – III
ISSN 0177-1868

5

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	94
Haftung des Steuerberaters	95
– Vorsätzlich sittenwidrige Schädigung	
– Schadenzurechnung	
– Anmerkung	
(OLG Frankfurt Ur.t.v. 20.9.1988 – 11 U 15/88)	
Honorar des Steuerberaters	101
– Mittelgebühr	
– Gebühr für Bilanzberichtigung	
(OLG Hamm Ur.t.v. 14.6.1989 – 25 U 22/88)	
Honorar des Steuerberaters	104
– Fälligkeit	
– Formfehler	
(OLG Hamm Beschl.v. 26.6.1989 – 25 W 14/89)	
Haftung des Steuerberaters	106
– mangelhafte Buchführung	
– Verjährung d. Schadenersatzanspruchs, § 68 StBerG	
(OLG Köln Ur.t.v. 7.3.1990 – 11 U 208/89)	
GI Hinweis	110

GI Leitsätze

Berufsbild des Steuerberaters / Wirtschaftsberatung

Wer mit steuerlichen Gründen für ein von ihm entworfenes Immobilienanlagemodell wirbt, tritt dadurch regelmäßig in ein Wettbewerbsverhältnis zu Steuerberatern. Die Wirtschaftsberatung, insbesondere in betriebswirtschaftlichen Angelegenheiten (einschl. des Entwurfs und des Angebots von Steuersparmodellen), gehört zum Berufsbild der Steuerberater.

(BGH Ur.t.v. 7.12.1989 – I ZR 3/88 – Steuertelext 173/90)

Untreue des Rechtsanwalts / Strafzumessung

Zur Strafzumessung gegen einen Rechtsanwalt, der sich der Untreue schuldig gemacht hat.

Der angeklagte Rechtsanwalt war wegen Untreue in zwei Fällen – fortgesetzt handelnd – zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt worden. Darüber hinaus war ihm für die Dauer von drei Jahren verboten worden, den Beruf eines Rechtsanwalts auszuüben.

(BGH Ur.t.v. 24.8.1989 – I StR 329/89, wistra 1990, S. 98)

Anderkonto des Rechtsanwalts / Beschlagnahme

Die Kontounterlagen über ein Rechtsanwaltsanderkonto können bei dem anderkontoführenden Kreditinstitut beschlagnahmt werden. Das für Rechtsanwälte geltende Beschlagnahmeprivileg gem. § 97 Abs. 1 Satz 3 StPO steht nicht entgegen, da diese bei dem Kreditinstitut befindlichen Unterlagen sich nicht im Gewahrsam des Rechtsanwalts befinden.

(LG Würzburg Beschl.v. 20.10.1989 – QS 323/89, wistra 1990, S. 118)

Anderkonto des Rechtsanwalts / Beschlagnahme

Die Führung eines Rechtsanwaltsanderkontos betrifft die Berufsausübung des Rechtsanwalts allenfalls am Rande. Die Durchsuchung und Beschlagnahme der Unterlagen über das Anderkonto bei dem anderkontoführenden Kreditinstitut stellt keinen unzulässigen Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG) der Rechtsanwälte dar; es liegt auch kein Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1 GG i.V. mit dem Rechtsstaatprinzip vor. Die bei dem Kreditinstitut geführten Anderkontounterlagen sind nicht mit dem nach § 97 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 bis 5 StPO beschlagnahmefreien Gegenständen vergleichbar, so daß Art. 3 Abs. 1 GG nicht verletzt ist.

(BVerfG [Vorprüfungsausschuß] Beschl.v. 9.10.1989 – 2 BvR 1558/89, wistra 1990, S. 97)

Form der Klageschrift / Unterschrift / Zusatz „im Auftrage“

Unterzeichnet der Prozeßbevollmächtigte die Klageschrift mit dem Zusatz „i. A.“, so stellt dies die Wirksamkeit der Klageerhebung nicht in Frage.

(FG Hamburg Ur.t.v. 20.7.1989 – I 162/88, EFG 1990, 119)

Haftung des Steuerberaters

- Vorsätzlich sittenwidrige Schädigung
- Schadenzurechnung
- Anmerkung

(OLG Frankfurt Urt. v. 20.9.1988 – 11 U 15/88;
rkr. nach Nichtannahme der Revision, BGH Beschl. v. 30.5.1989 – XI ZR 148/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Erhält der Steuerberater nur den Auftrag, die vom Mandanten vorgelegte Buchführung in Bilanzform umzusetzen und ergeben sich bereits ohne Prüfung Zweifel an der Richtigkeit des Zahlenwerks, so muß er eine Auftragsenerweiterung anstreben, um Stichprobenprüfungen vornehmen zu können.
2. Wird die Auftragsenerweiterung vom Mandanten verweigert und erstellt der Steuerberater die Bilanz ohne jede Prüfungshandlung, so muß der Abschlußvermerk deutlich machen, daß weder die Buchführung noch Unterlagen oder Wertansätze geprüft wurden.
3. Vorsatz im Sinne § 826 BGB verlangt, daß der Steuerberater sich vorstellt, die Bilanz könne bei Kreditverhandlungen verwandt und für eine Kreditentscheidung ursächlich werden.
4. Wenn der Mandant eine Bilanz mit einem Testat versehen läßt, deutet dies darauf hin, daß sie gegenüber Kreditgebern verwandt wird.
5. Die Schadenzurechnung wird nicht ausgeschlossen, wenn neben der Pflichtverletzung des Steuerberaters andere Ursachen ebenfalls zur Schadenentstehung beigetragen haben.

Zum Sachverhalt:

Der Steuerberater hatte für den Mandanten seit mehreren Jahren testierte Handels- und Steuerbilanzen erstellt. Diese wiesen erhebliche Unterschiede aus: Dem Minuskapital von 1,5 Mio DM in der Steuerbilanz 1987 stand ein positives Kapital von 1,2 Mio DM in der Handelsbilanz von 1982 gegenüber. Die Aktiva in zwei Handelsbilanzen 1983 – testierte am 23.2. und 29.2.1984 – differierten um rd. 600.000,— DM. Im Umlaufvermögen fanden sich erhebliche Abweichungen in den Wertansätzen und bei den Passiva stimmten sie nicht überein. Die Handelsbilanz 1984 – testiert am 19.4.1985 – trug folgenden Abschlußvermerk: „Die vorstehende Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1984 wurde von mir anhand der Buchhaltung sowie erteilter Auskünfte erstellt und umfaßt 16 Seiten“.

Die Bank des Mandanten erhielt die Bilanz; die erhöhte die Kreditlinie um 500.000,— DM. Der Mandant meldete 1986 Konkurs an. Die Bank verlangte Schadenersatz.

Aus den Gründen:

Die Berufung ist statthaft sowie form- und fristgerecht eingelegt. Sie hat jedoch in der Sache keinen Erfolg. Zu Recht hat das Landgericht eine Haftung des Beklagten auf der Grundlage des von ihm erteilten Testats vom 19.4.1985 für die fehlerhafte sogenannte Handelsbilanz 1984 unter dem rechtlichen Gesichtspunkt des § 826 BGB bejaht.

Der Beklagte hat bei der Erstellung der Bilanz per 31.12.1984 in Verbindung mit der Erteilung des Testats vom 19.4.1985 leichtfertig gehandelt und die klagende Bank vorsätzlich geschädigt. Daß die am 19.4.1985 testierte Bilanz falsch war, hat der Beklagte auch im zweiten Rechtszug nicht bestritten, sondern vielmehr in der Berufungsbegründung ausdrücklich zugestanden.

Der Beklagte hat auch leichtfertig gehandelt, als er für die Bilanz 1984 das Testat erteilte: **„Die vorstehende Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1984 wurde von mir anhand der Buchhaltung sowie erteilter Auskünfte erstellt und umfaßt 16 Seiten“**. Dies hat das Landgericht im wesentlichen zutreffend ausgeführt. Die Berufung rügt allerdings mit einer gewissen Berechtigung, daß das Landgericht in die Beurteilung die am 2.7.1985 testierte sogenannte Steuerbilanz 1983 einbezieht, wenn es folgendes feststellt: Für den Beklagten habe aufgrund der ihm von dem Komplementär der Firma vorgelegten Unterlagen und Zahlenangaben Veranlassung bestanden, die Richtigkeit des Zahlenwerkes der Buchführung oder der Wertansätze zu bezweifeln. Stellt man auf das Testat vom 2.7.1985 ab, so konnten dem Beklagten erst nach diesem Zeitpunkt Zweifel an der Richtigkeit der Bilanz 1984 (Testat 19.4.1985) kommen. Bereits am 10.7.1985 wurde jedoch der Kredit bewilligt.

Letztlich kann dahinstehen, ob in der kurzen Zeit bis zur Kreditvergabe der Beklagte noch den Ablauf des Geschehens hätte beeinflussen können; immerhin stammt das **Testat für die sogenannte Steuerbilanz 1984 erst vom 8.10.1985**. Denn aus anderen Gründen durfte der Beklagte nicht ein Testat mit der von ihm gewählten Formulierung erteilen. **Bei Erstellung der am 19.4.1985 testierten Bilanz hatte der Beklagte bereits folgende Bilanzen aufgestellt und testiert:**

Handelsbilanz 1983 – Testat vom 22. 2.1984,
Handelsbilanz 1982 – Testat vom 29. 2.1984,
Steuerbilanz 1982 – Testat vom 3.12.1984,

Diese Bilanzen weisen **untereinander ganz erhebliche Unterschiede** aus. Lediglich beispielhaft ist folgendes festzuhalten:

Die Steuerbilanz 1982 weist ein Kapital per 31.12.1982 aus von negativ 1.579.170,83 DM. Die Handelsbilanz 1983 mit dem Testat 29.2.1984 weist ein Kapital per 1.1.1983 von positiv 1.220.452,97 DM aus. Hier liegt immerhin eine Diskrepanz von rund 2,8 Mio vor. Bei den Aktiva differieren die beiden Handelsbilanzen 1983 mit rund 600.000,— DM. Im Umlaufvermögen finden sich ganz erheblich verschiedene Wertansätze. Auch bei den Passiva stimmen die meisten Ansätze nicht überein. **Bei diesen auffälligen Unterschieden durfte der Beklagte der Bilanz nicht das am 19.4.1985 formulierte Testat geben.** Allerdings ist das Testat, über das der Bundesgerichtshof in seinem Ur. v. 26.11.1986 (NJW 1987, 1758 ff.) zu befinden hatte, mit dem vorliegenden nicht zu vergleichen. Es lautet: „Ich erstatte diesen Bericht aufgrund der vorgelegten Bücher und Unterlagen sowie der mir erteilten Auskünfte und gegebenen Nachweisen nach besten Wissen und Gewissen“. In einer Anlage zu dem dort erstellten Jahresabschluß heißt es außerdem, daß auch die sinngemäße Einhaltung der aktienrechtlichen Vorschriften über den Inhalt des Jahresabschlusses, über die Gliederung der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung über die Wertansätze in der Jahresbilanz sowie die Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft worden sei. Unter diesen Umständen bedeutet ein solches Testat, daß der Steuerberater auch die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung festgestellt hat. Soweit kann man jedoch bei dem hier zu beurteilenden Wortlaut des Testates nicht gehen.

Vergleichbar ist jedoch das Testat, das der Entscheidung vom 5.12.1972 (NJW 1973, 321 ff.) zugrundeliegt: Es lautet: „Es wird hiermit bestätigt, daß der Jahresabschluß aus den ordnungsgemäß geführten Büchern der Firma richtig entwickelt ist“. Der Bundesgerichtshof billigt ausdrücklich folgende Auslegung des Berufungsgerichts zu diesem Testat: Der Vermerk bestätigte die formelle Richtigkeit der Buchführung und der daraus entwickelten Jahresabschlüsse, nämlich, daß die Buchführung den handels- und steuerrechtlichen Formvorschriften entsprochen habe, daß auf ihr jederzeit ein Abschluß habe aufgebaut werden können und daß für jede im Abschluß verwendete Zahl ein einwandfreier Beleg vorhanden gewesen sei. Es werde die formale Ordnungsmäßigkeit der Bücher und die Übernahme der Schlußzahlen aus den Büchern bestätigt. Das Testat erwecke allerdings nicht den Anschein, es habe eine materielle Prüfung im Sinne der aktienrechtlichen Pflichtprüfung stattgefunden.

Nach diesen zutreffenden Maßstäben hat der Beklagte das Testat vom 19. 4. 1985 **grob leichtfertig** erteilt, weil er nur die Zahlen, die er erhalten hat, in Bilanzform umgesetzt hat.

Wie dargestellt, bestand jedoch **aufgrund der grob differierenden Zahlen in den vorangegangenen Bilanzen Anlaß zu äußerster Vorsicht und zur Nachprüfung**, was jedoch nicht geschehen ist. Denn wenn sich aus so vorgelegten Unterlagen bereits ohne Prüfung Zweifel an der Richtigkeit des Zahlenwerkes der Buchführung oder der Wertansätze ergeben, so muß der Berater eine Erweiterung des Auftrages verlangen, um Stichproben vornehmen zu können, oder den Auftrag ablehnen, falls ihm dies verweigert wird. Erteilt er gleichwohl ein Testat, so muß aus dem Abschlußvermerk deutlich hervorgehen, daß die Buchführung, die Unterlagen und die Wertansätze nicht geprüft wurden (vgl. auch die Beispiele bei Späth, die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, 3. Aufl., Rdnr. 603).

Das in der Berufungsinstanz vorgelegte Schreiben der Steuerberaterkammer H. vom 22. 4. 1988 rechtfertigt keine andere Beurteilung. Es entspricht ganz allgemein Empfehlungen aus, wie sich ein Steuerberater verhalten soll, der die Buchführung und die Wertansätze nicht überprüft hat.

Hier mag es sein, daß es in der Berufspraxis nicht unüblich ist, einen gesonderten Hinweis darauf, daß die Prüfung der Buchführung, der Unterlagen und der Wertansätze nicht Gegenstand des Auftrages war, nicht in das Testat aufzunehmen. Wenn sich allerdings, wie im vorliegenden Fall, eklatante Zweifel an der Richtigkeit der Buchführung und der Wertansätze aufdrängen, dann ist der genannte einschränkende Zusatz zum Testat geboten. Fehlt er, so handelt der Steuerberater leichtfertig und sittenwidrig.

Was das Landgericht zum Vorsatz des Beklagten ausführt, entspricht der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. War der Beklagte so **in die Geschicke der Firma** verwickelt, wie dies die Berufungserwiderung sehr substantiiert darstellt, so liegt der Vorsatz ohnehin auf der Hand. Selbst wenn dies aber nicht in dieser Form zutreffen sollte, sind die Voraussetzungen für den Vorsatz entgegen der Auffassung der Berufung gegeben.

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs reicht für Vorsatz aus, wenn sich der Steuerberater vorstellt, der Abschluß könne bei Verhandlungen mit einem Geldgeber verwandt werden und diesen zu einer ihm nachteiligen Disposition veranlassen. Um dies auszuschließen, müsse er

bei einem Geschäft der hier zu beurteilenden Art positive Anhaltspunkte dafür haben, daß der Empfänger die Bilanz für eigene Zwecke verwende (vgl. Hopt, Dritthaftung für Testate, NJW 1987, S. 1745 ff. m.w.N.).

Diese Voraussetzungen hat das Landgericht mit zutreffenden Ausführungen bejaht, die die Berufung lediglich mit allgemein gehaltenen Erwägungen angreift. Der Senat hat nach der Vorlage des Aktenvermerks vom 13. 4. 1984 i.V. mit dem Vortrag der Parteien keine durchgreifenden Zweifel, daß der Beklagte bei dem Gespräch vom 12. 4. 1984 anwesend war. Er wußte deshalb genau, wofür die Bilanz verwandt werden sollte. Die Berufung vermag auch keinen plausiblen Grund dafür anzugeben, weshalb sich die Firma ihre Bilanzen überhaupt testieren ließ, wenn dies nicht den Sinn hatte, sie bei potentiellen Kreditgebern zu verwenden.

Wenn der Beklagte in der Berufung ausführt, die Klägerin habe wohl noch andere Unterlagen gehabt, nämlich Steuerbescheide und Steuererklärungen, aus denen sich die finanzielle Misere der Firma deutlich ergeben habe, so handelt es sich hierbei um Vermutungen. Die sich daran anschließende Schlußfolgerung, die Vorlage der Bilanz 1984 sei für die Krediterhöhung nicht ursächlich gewesen, ist nicht zutreffend, wie sich aufgrund folgender Umstände ergibt: Am 12. 4. 1984 sprechen die Beteiligten, auch der Beklagte, über eine Erhöhung des Kredites. Die Klägerin forderte die Vorlage von Bilanzen; dies geht aus dem insoweit nicht bestrittenen Vermerk von Herrn A. vom 13. 4. 1984 hervor. An diesen Herrn schickt die Firma B. am 23. 4. 1985 ihre am 19. 4. 1985 testierte Bilanz 1984. Unmittelbar darauf, nämlich am 10. 7. 1985, bewilligt die Klägerin den Kredit.

Danach kann zumindest eine Mitursächlichkeit der Vorlage der Bilanz 1984 nicht zweifelhaft sein. **Die Schadenzurechnung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß außer dem Schadenersatz verpflichtenden Ereignis noch andere Ursachen zur Entstehung des Schadens beigetragen haben. Der zum Schadenersatz verpflichtende Umstand braucht nicht die überwiegende oder wesentliche Ursache zu sein** (vgl. Palandt/Heinrichs, Vorbemerkung vor § 249 BGB, Anm. 5 B).

Weitere substantiierte Angriffe im Sinne der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu § 519 Abs. 3 Nr. 2 ZPO liegen nicht vor. Da der Anspruch der Klägerin bereits auf der Grundlage des § 826 BGB gegeben ist, braucht auf weitere Anspruchsgrundlagen, wie etwa stillschweigender Auskunftsvertrag, Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter und §§ 823 Abs. 2 BGB, 18 KWG, nicht mehr eingegangen zu werden.

Anmerkung:

Dieses rechtskräftige Urteil des OLG Frankfurt macht deutlich, wie vorsichtig Steuerberater bei der Formulierung eines Bilanztestats sein müssen.

Der BGH und andere Oberlandesgerichte hatten bereits mehrfach Gelegenheit, Schadenersatzansprüche wegen fehlerhafter Testatserstellung zu beurteilen. Unstreitig war und ist, daß durch die Testatformulierung die Arbeit des Steuerberaters nicht unrichtig oder unvollständig dargestellt werden darf. Wenn der Steuerberater keine materielle Prüfung der Buchführung durchgeführt hat, darf er allenfalls deren formelle Richtigkeit bestätigen (BGH NJW 1973, 321 = VersR 1973, 247). Selbst die formelle Ordnungsmäßigkeit der Buchführung darf er aber nicht bestätigen, wenn er schwerwiegende Mängel kennt (BGH GI 1987/27 = EWiR 1987, 591 [Gräfe]; LG Hamburg DStR 1971, 65: Dem Steuerberater war die unrichtige Bewertung des Warenbestandes mit Verkaufspreisen bekannt).

Das OLG Frankfurt verlangt nun vom Steuerberater, der ohne jede Prüfung Zweifel am vorgelegten Zahlenwerk des Mandanten haben muß, daß er sein Testat eindeutig dahingehend einschränkt, daß die Prüfung der Buchführung, der Unterlagen und der Wertansätze nicht Gegenstand des Auftrages zur Bilanzerstellung war.

Eine weitere für den Steuerberater „haftungsträchtige“ Aussage des Urteils besteht darin, daß ein vorsätzliches Handeln angenommen wurde. Vorsatz verlangt die Vorstellung, die Bilanz könne bei Kreditverhandlungen vorgelegt und entscheidungsrelevant werden. Das OLG Frankfurt unterstellt, daß alle Bilanzen, die mit einem Testat versehen werden sollen, potentiellen Kreditgebern vorgelegt würden. Warum werde sonst ein Testat verlangt, fragt das OLG Frankfurt.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen: Eine leichtfertige und gewissenlose Berufstätigkeit, wie sie ein Anspruch aus § 826 BGB verlangt, wird auch in Zukunft von einem Anspruchsteller nur schwer zu beweisen sein. Es kann gerade bei Steuerberatern nicht unterstellt werden, daß diese ihren Beruf aufs Spiel setzen (vgl. OLG Karlsruhe VersR 1986, 924). Das vorliegende Urteil betraf wegen der Vielzahl der Ungereimtheiten in den diversen Steuer- und Handelsbilanzen eine außergewöhnliche Sachverhaltsgestaltung.

Honorar des Steuerberaters

– Mittelgebühr

– Gebühr für Bilanzberichtigung

(OLG Hamm Urt.v. 14.6.1989 – 25 U 22/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der StB hat im Honorarprozeß die für den Ansatz der Mittelgebühr maßgeblichen Umstände darzulegen und zu beweisen.
2. Eine Bilanzberichtigung kann als „neuer Abschluß“ angesehen werden, wenn die Mängel nicht vom StB, sondern vom Mandanten zu vertreten sind.
3. Die Angaben über den Warenbestand obliegen dem Mandanten.
4. Der Rahmensatz für die „neue Bilanz“ muß wegen des in der Regel geringeren Zeitaufwandes deutlich niedriger sein (hier: 11 Rechnungen mußten eingearbeitet werden, so daß nur die Mindestgebühr verlangt werden konnte).

Aus den Gründen:

Soweit der Kläger für seine Leistungen – mit Ausnahme der Berichtigungen der Bilanzen pp. – jeweils die Mittelgebühr in Ansatz gebracht hat, ist dies nicht zu beanstanden; das entspricht vielmehr nach dem insoweit übereinstimmenden Vorbringen der Parteien zum Umfang der erbrachten Leistungen, der „Bedeutung der Angelegenheiten, des Umfangs und der Schwierigkeiten der beruflichen Tätigkeit“ im Sinne des §11 StBerGebV, wonach der Steuerberater die Gebühr im Einzelfall unter Berücksichtigung der genannten Kriterien nach billigem Ermessen zu bestimmen hat.

Zwar bedarf es entgegen der Auffassung des Klägers **auch für die Geltendmachung der Mittelgebühr der Darlegung der für die Ermessungsausübung maßgeblichen Gründe, da der Steuerberater als Bestimmungsberechtigter nach §315 BGB die Beweislast für die Billigkeit der getroffenen Bestimmung trägt** (BGH NJW 69, 1809; 1981, 571; 83, 1777 ff.). Denn wer ein Leistungsbestimmungsrecht für sich in Anspruch nimmt, das, wie in §11 StBerGebV ausdrücklich normiert, nach „billigem Ermessen“ auszuüben ist, hat auch darzulegen und notfalls zu beweisen, daß die von ihm getroffene Regelung der Billigkeit entspricht. Das entspricht allgemeiner Ansicht in Rechtslehre und Rechtsprechung (BGH a.a.O. m.w.N.). Für §11 StBerGebV gilt nichts anderes. **Deshalb muß der Kläger die für seine**

Gebührenbestimmung maßgeblichen Umstände gemäß §11 StBerGebV darlegen und notfalls beweisen. Angesichts der Bedeutung der Angelegenheit bei einer Bilanzsumme von mehr als 1 Million DM, des Umfangs und der Schwierigkeit der Tätigkeit – die Beklagte vertreibt grafische Produkte, die sie von verschiedenen Subunternehmern herstellen und an die Auftraggeber nach Fertigstellung ausliefern läßt, was besonderen Aufwand bei der Erstellung der Abschlüsse erfordert, – hat der Kläger ermessensfehlerfrei die Mittelgebühren in Ansatz gebracht.

Dabei ist unerheblich, daß der Kläger für das Rumpfgeschäftsjahr 1984 niedrigere Gebühren berechnet hatte. Dadurch war kein Vertrauensstatbestand gesetzt worden, daß auch in Zukunft zu denselben Gebührensätzen abgerechnet werde, zumal es sich bei dem Rumpfgeschäftsjahr 1984 – von 10/83 bis 6/84 – um das Gründungsjahr handelte.

Aus den Rechnungen Nr. 900 vom 9.11.1986 über 2.007,77 DM und Nr. 898 vom 11.11.1986 über 6.648,48 DM, die im übrigen unstreitig sind, stehen dem Kläger deshalb unter Berücksichtigung der geleisteten Zahlungen von 1.003,88 DM und 4.986,14 DM noch 2.666,23 DM (einschließlich MwSt.) zu.

Soweit der Kläger in seiner Rechnung Nr. 899 vom 10.11.1986 Gebühren für die berichtigte Bilanz 1985 und die berichtigten Steuererklärungen 1985 in Höhe von 4.483,97 DM (die übrigen Rechnungspositionen sind unstreitig und mit 2.225,85 DM bezahlt) in Ansatz gebracht hat, sind die Gebührensätze wie folgt zu korrigieren:

Aufstellung von Bilanz und GuV (§ 35 Nr. 1) 10/10	1.654,00 DM	(statt 1.984,80 DM)
KSt-Erklärung (§ 24 Nr. 3) 2/10	384,00 DM	(statt 960,-- DM)
KSt Feststellung des Eigenkapitals (§ 24 Nr. 4) 1/10	137,50 DM	(statt 412,50 DM)
GewSt nach Gewerbeertrag (§ 24 Nr. 5 a) 1/10	<u>192,00 DM</u>	(statt 576,-- DM)
	2.367,50 DM	
	<u>331,45 DM</u>	
+ 14 % MwSt.	2.698,95 DM	

Eine volle Abweisung dieser Rechnungspositionen kam nicht in Betracht.

Insoweit ist aufgrund der Beweisaufnahme bewiesen, daß es sich bei diesen Arbeiten nicht um Mängelbeseitigungsarbeiten gehandelt hat, daß vielmehr die ursprünglichen Bilanzen und die darauf beruhenden steuerlichen Erklärungen wegen falsch angegebenen Warenbestandes fehlerhaft waren und deshalb neu aufgestellt werden mußten.

Die Angabe des Warenbestandes ist grundsätzlich Sache des Mandanten selbst, nicht des Steuerberaters. Hier war der Warenbestand nach den Lieferantenrechnungen für noch nicht abgerechnete Aufträge zu ermitteln.

Insgesamt waren 11 Lieferantenrechnungen nicht aktiviert worden. **Von den fraglichen 11 Rechnungen waren 4 Rechnungen unstreitig nicht gebucht worden, woraus folgt, daß sie nicht zum Kläger gelangt waren.** Zwei Hauptposten waren als Aufwand nach dem 1.7. angegeben, aber vor dem 30.6.1985 entstanden. Die Beklagte war vom Kläger auf die Zuordnungsprobleme hingewiesen worden, wie sowohl die Zeugin B. als auch die Zeugin M. ausgesagt haben. Es waren Listen gefertigt worden, die von der Zeugin M. – einer Angestellten der Beklagten – ausgefüllt worden sind. Daraus ergibt sich, daß die Anweisungen auch verstanden worden sind. Noch im August 1985 ist geschrieben worden, daß auf allen Belegen die Auftragsnummer zu vermerken sei.

Wenn es dennoch zunächst zu Fehlern gekommen ist, was sich wegen Fehlern bei der Ermittlung des Warenbestandes dahin auswirkte, daß der Gewinn 1985 zu niedrig und der 1986 zu hoch war, liegt dies in der **Verantwortungssphäre der Beklagten, nicht des Klägers als Steuerberaters, der dann aber auch Bezahlung der korrigierten Bilanzen verlangen kann,** da eine solche, nicht vom Steuerberater zu vertretende Änderung eines Abschlusses als „neuer Abschluß“ mit der erneuten Gebührenfolge des § 35 StBerGebV anzusehen ist (Eckert/Böttcher, Steuerberatergebührenverordnung, 2. Aufl., § 35 Rdn. 12). Dabei ist allerdings der in aller Regel deutlich geringere Zeitaufwand gegenüber einem erstmals zu erstellenden Abschluß zu berücksichtigen, was dazu führt, daß ein **deutlich niedriger Rahmensatz** Berücksichtigung finden muß (Eckert/Böttcher, Steuerberatergebührenverordnung a.a.O., § 35 Rdn. 12). Dem hat der Kläger nicht hinreichend Rechnung getragen. Angesichts des Umstandes, daß insgesamt nur 11 Rechnungen zu berücksichtigen waren, hält der Senat im vorliegenden Fall nur die Mindestgebühren für angemessen, wie oben errechnet.

Anmerkung:

Zur Gestaltung des Gebührenrahmens verweisen wir auch auf die Entscheidungen des OLG Düsseldorf Urt. v. 30.4.1986 – 18 U 15/86 GI 1986, 96 und Urt. v. 3.7.1986 – 18 U 61/86 GI 1986, 100.

Honorar des Steuerberaters

- Fälligkeit
- Formfehler

(OLG Hamm Beschl. v. 26. 6. 1989 – 25 W 14/89)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Fälligkeit der Honorarforderung ist mit Auftragserledigung – hier: Kontieren der Buchführungsbelege – gegeben (§ 7 Steuerberatergebührenverordnung).
2. § 9 Steuerberatergebührenverordnung regelt lediglich die „Einforderbarkeit“ nach Erstellung der Honorarrechnung.
3. Die Angabe einer nicht zutreffenden Gebührevorschrift – hier: § 33 Abs. 1 statt § 33 Abs. 2 Steuerberatergebührenverordnung – ist unschädlich, wenn die honorarpflichtige Leistung eindeutig beschrieben ist.
4. Offenbare Schreibfehler bei der Angabe der Gebührevorschrift stehen der Einforderbarkeit nach § 9 Steuerberatergebührenverordnung nicht entgegen.
5. Unschädlich ist auch, wenn weder der gewählte Gebührenrahmen noch die Tabelle in der Honorarrechnung genannt werden.

Aus den Gründen:

Die Fälligkeit der Honorarforderung des Klägers war bereits gemäß § 7 Steuerberatergebührenverordnung mit Erledigung des Kontierens der Buchführungsbelege für das Veranlagungsjahr 1986 eingetreten. § 9 StBGebV regelt lediglich den Zeitpunkt, zu dem der Kläger berechtigt ist, die angemessene Vergütung einzufordern. Daß die vom Kläger berechneten 6.591,02 DM für die Kontierungsarbeiten als angemessene Vergütung anzusehen sind, hat der Beklagte mit Abgabe seiner Anerkennung unstreitig gestellt. Die gerügten formalen Mängel der Rechnung des Klägers vom 11. 8. 1988 lassen die Berechtigung, das berechnete Honorar einzufordern, nicht entfallen. Die vorgelegte Rechnung ist prüfbar und begegnet keinen durchgreifenden Bedenken.

Die Angabe der nicht zutreffenden Gebührevorschrift des § 33 Abs. 1 StBGebV statt des zutreffenden Absatzes 2 dieser Bestimmung ist unschädlich. Der der Angabe der Gebührevorschrift vorgesetzte Text

umschreibt die abgerechnete Tätigkeit des Klägers mit „Kontieren der Buchführungsbelege 1986“. Daraus war bei Überprüfung der Rechnung eindeutig erkennbar, daß dem Kläger ein Schreibfehler unterlaufen war, wenn hier als Gebührevorschrift § 33 Abs. 1 StBGebV angegeben war und nicht, wie auch der Berechnung der Gebühr, tatsächlich zugrunde gelegte § 33 Abs. 2 StBGebV.

Ein **offenbarer Schreibfehler bei der Angabe der Gebührevorschrift steht der Einforderbarkeit des Honorars nach § 9 StBGebV nicht entgegen**, wenn die Art der Tätigkeit, hier: „Kontieren der Buchführungsbelege 1986“, zutreffend angegeben ist und die Gebühr nach Angabe des Gegenstandswertes nach der für diese Tätigkeit anzuwendenden Gebührevorschrift, hier § 33 Abs. 2 StBGebV, zutreffend berechnet ist.

Der Kläger hat auch unter Angabe des für die berechnete Wertgebühr wesentlichen Gegenstandswertes die Gebührenbestimmung innerhalb des Gebührenrahmens des § 33 Abs. 2 StBGebV getroffen. Aus dem berechneten Jahresbetrag von 5.781,60 DM netto folgt, daß der Kläger eine 3/10 Gebühr nach Tabelle C in Ansatz gebracht hat. **Unschädlich ist, daß er weder den mit 3/10 gewählten Gebührenrahmen noch die Tabelle C in seiner Rechnung vom 11. 8. 1988 aufgeführt hat.** Nach § 9 StBGebV gehören diese Angaben nicht zu den Anforderungen, die der Steuerberater bei Einforderung seiner Honoraransprüche zu erfüllen hat. Nach Absatz 2 ist der Kläger lediglich **verpflichtet, außer der Gebührevorschrift den Gegenstandswert auszuweisen**, da er die erbrachte Leistung gemäß § 33 Abs. 2 StBGebV nach Wertgebühren abzurechnen hat.

Diese Regelung begegnet keinen Bedenken. Dem Beklagten ist eine Überprüfung des Gebührenansatzes ohnehin nur unter Hinzunahme der in § 33 StBGebV genannten Tabelle C möglich. In dieser sind die in Frage kommenden 10tel Gebühren (1/10 bis 6/10) auf monatlicher Basis ausgerechnet. Die Division des Jahresentgelts von 5.781,60 DM netto durch 12 Monate stellt klar, daß der Kläger 481,80 DM monatlich berechnet und damit genau eine 3/10 Gebühr eingefordert hat. **Den Beklagten mit diesem Berechnungsvorgang zu belasten, erscheint nicht unbillig.** Selbst wenn der Kläger in seiner Rechnung angegeben hätte, daß er eine 3/10 Gebühr abrechnet, hätte der Beklagte den in der Rechnung ausgewiesenen Jahresbetrag in der Tabelle nicht vorgefunden. Auch in diesem Fall hätte er den umgekehrten Rechnungsvorgang durchführen müssen, falls er die Berechtigung der ausgewiesenen Forderung hätte nachprüfen wollen.

Haftung des Steuerberaters

- mangelhafte Buchführung
- Verjährung d. Schadenersatzanspruchs,
§ 68 StBerG

(OLG Köln Urt. v. 7.3.1990 – 11 U 208/89)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Eine unfertige und damit unvollständige Buchführung stellt eine mangelhafte Leistung des Steuerberaters dar.
2. Im März/April 1984 hätte das Buchungsjahr 1982 und 1983 ordnungsgemäß abgeschlossen gewesen sein müssen.
3. Ständige Verzögerungen und gravierende Buchungsmängel rechtfertigen die endgültige Trennung des Mandanten vom Steuerberater, ohne diesem eine Nachbesserungsmöglichkeit (§ 242 BGB) einzuräumen.
4. Der Schadenersatzanspruch in Höhe der Nachbesserungskosten verjährt gem. § 68 StBerG.
5. Verjährungsbeginn ist der Tag der fristlosen Kündigung des Steuerberatungsvertrages.
6. Die Steuerberatergebührenverordnung ist auf alle Arbeiten nach dem 1.4.1982 anzuwenden. Es ist gleichgültig, ob die Arbeiten sich auf Bilanzen beziehen, die die Zeiträume vor dem 1.4.1982 betreffen.
7. Die Aufrechnung mit einem Honoraranspruch setzt voraus, daß eine Rechnung erstellt wurde, die den Anforderungen des § 9 Steuerberatergebührenverordnung entspricht.

Aus den Gründen:

Im Zeitpunkt der gem. § 627 BGB auch ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes zulässigen Kündigung war die Buchführung für die Jahre 1982 und 1983, die der Beklagte erst kurz zuvor abgeschlossen hatte, einerseits unvollständig, andererseits enthielt sie zahlreiche Buchungsfehler. Dies steht aufgrund der Hinweise im Betriebsprüfungsbericht des Finanzamtes K. vom 5.11.1984 und des Gutachtens Dr. L. fest und wird im **wesentlichen vom Beklagten auch gar nicht in Abrede gestellt. Auch die Unvollständigkeit bedeutet einen Mangel der vom Beklagten geschuldeten Leistung.**

Denn bis zum März/April 1984 hätte nicht nur das Buchführungsjahr 1982, sondern auch das Jahr 1983 bereits ordnungsgemäß abgeschlossen sein müssen. Der Beklagte hat in anderem Zusammenhang selbst hervorgehoben, im Hinblick auf Steueranmeldetermine müsse eine ordentliche Buchführung für jeden einzelnen Monat jeweils spätestens bis zum 15. des übernächsten Monats vorliegen. Selbst bei Anlegung eines nicht ganz so strengen Maßstabes ist danach von der Pflicht des Steuerberaters zum Abschluß der Buchführung für das abgelaufene Jahr innerhalb des ersten Quartals des folgenden Jahres auszugehen. Das gilt hier umsomehr, als der Beklagte für die ihm übertragene, kontinuierliche und zeitnah zu erledigende Buchführung eine regelmäßige monatliche Vergütung bezog.

Stichhaltige Gründe, die die Unfertigkeit der Buchführung für 1982 und 1983 noch im Zeitpunkt der Vertragsbeendigung entschuldigen könnten, hat der Beklagte nicht dargelegt. Wenn er tatsächlich zur rechtzeitigen Fertigstellung deshalb außer Stande gewesen war, weil er sich wegen der bevorstehenden Betriebsprüfung plötzlich mit noch dringlicheren anderen Nachholarbeiten überhäuft fand, so entschuldigt ihn das nicht. Überzeugende Gründe dafür, daß er mit seinen gesamten Arbeiten für den Kläger dermaßen in Rückstand gekommen war, hat er nicht vorgebracht. Soweit der Beklagte diese generelle Verspätung als Folge vorausgegangener Prüfungsmaßnahmen der Steuerfahndung oder als Folge der Beschäftigung von Subunternehmern im Betrieb des Klägers bezeichnet, entlastet ihn dies nicht. Denn sein Vortrag ergibt nicht, **wann und wie seine Arbeit konkret durch die genannten Umstände behindert worden sein soll** und inwiefern die behaupteten Beeinträchtigungen geeignet gewesen sein könnten, seine Buchführungsarbeiten um bis zu 6 Jahre zu verzögern. **Auch Krankheit entschuldigt ihn nicht.** Bei längerer oder wiederholter Erkrankung mußte er für eine geeignete Vertretung sorgen oder das Mandat, wenn er es nicht mehr bewältigen konnte, aufgeben.

Der dem Kläger aus der unzulänglichen Vertragserfüllung des Beklagten in dem hier erörterten Bezug erwachsende Schaden besteht in den Kosten, die er für die Neubuchung der beiden Jahre durch das Steuerberaterbüro hat aufwenden müssen. Um eine einwandfreie Buchführung für die beiden Jahre zu erhalten, **war die völlige Neubuchung der sichere und angesichts der Vielzahl der vorhandenen bzw. zu erwartenden Fehler mutmaßlich auch der kostengünstigere Weg im Vergleich zu einer individuellen Fehlersuche und -korrektur.** Auf die diesbezüglichen überzeugenden Ausführungen des Sachverständigen Dr. L. und ihre zutreffende Würdigung in dem angefochtenen Urteil wird Bezug genommen. Die Einwendungen, die der Beklagte in der Berufungsbegründung erhebt, geben keinen Anlaß zu einer abweichenden Beurteilung.

Insbesondere war es für die vom Sachverständigen zu beantwortende Beweisfrage unerhebliche, ob die Arbeiten des Beklagten als mangelhaft oder noch nicht fertiggestellt zu qualifizieren waren. Einer solchen Unterscheidung kam für seine Aufgabe keinerlei Bedeutung zu, denn der Sachverständige hatte allein zu prüfen, ob die hier durchgeführte Neuherstellung der Buchführung kostengünstiger war als eine Weiterführung der Buchführung auf der Grundlage der vom Beklagten abgelieferten Arbeiten. Für die Beantwortung dieser Frage war eine Bewertung der Arbeiten des Beklagten als mangelhaft oder noch nicht fertiggestellt nicht erforderlich. Der Beklagte kann nicht auf schadenmindernde Einsparungen des Klägers verweisen, die darin bestanden hätten, daß er für die noch ausstehende Fertigstellung der Buchführungsjahrgänge den Beklagten infolge der Kündigung nicht mehr zu honorieren brauchte. Wie sich aus den vorstehenden Ausführungen ergibt, war mit den monatlichen Pauschalhonorarzahlungen die von dem Beklagten geschuldete Buchführungstätigkeit bezüglich der Jahre 1982 und 1983 im Zeitpunkt der Kündigung, als diese Buchführungen bereits hätten abgeschlossen sein müssen, vollständig abgegolten. Für die Nachholung pflichtwidrig unterlassener Arbeiten hätte der Beklagte eine weitere Vergütung nicht beanspruchen können. Der Kläger hat seinen Schaden auch nicht deshalb ganz oder teilweise selbst zu tragen (§ 254 BGB), weil er dem Beklagten **keine Gelegenheit mehr zur Fertigstellung und Korrektur** der Buchführung gegeben hat. Denn er hat **mit Recht nach der fristlosen Kündigung des Pauschalauftrags vom 31.7.1975 weitere Dienste des Beklagten abgelehnt**.

Ausreichende Gründe hierfür ergeben sich wiederum aus dem Betriebsprüfungsbericht, dem Gutachten Dr. L. und aus den sonstigen unstreitigen Umständen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob beim Ausspruch der Kündigung alle diese Gründe ausdrücklich angeführt wurden, sondern allein darauf, daß sie vorlagen. Selbst wenn der Kläger, wie der Beklagte meint, die Unzulänglichkeit der Buchführung für 1982 und 1983 noch nicht in ihrem vollem Umfang erkannt haben sollte, als er sie den Nachfolgeberatern zur weiteren Bearbeitung überließ, wäre das im Ergebnis unerheblich. Denn schon **aufgrund der unstreitigen wiederholten, um nicht zu sagen ständigen Verzögerungen** der vom Beklagten zu erbringenden Leistungen seit 1977 **und der ihre Ordnungsmäßigkeit und Brauchbarkeit betreffenden Beurteilungen durch die Betriebsprüfer des Finanzamtes**, wie sie später im Prüfungsbericht niedergelegt wurden, war die Entscheidung des Klägers, sich unverzüglich und endgültig vom Beklagten zu trennen, gerechtfertigt. Im übrigen kann es dem Kläger auch nicht verwehrt sein, sich unabhängig von seiner damaligen Motivation zur nachträglichen Rechtfertigung seines Vorgehens **auch auf die zahlreichen**

Buchführungsmängel zu berufen, die objektiv gravierend genug waren, ein ohnehin nur nach Billigkeitsregeln (§ 242 BGB) begründbares Nachbesserungsrecht des Beklagten auszuschließen.

Schließlich ist der Schadenersatzanspruch des Klägers auch nicht verjährt. Gemäß § 68 StBG verjähren Ansprüche auf Schadenersatz des Auftraggebers aus dem Steuerberatungsvertrag in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist – nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, wie der Beklagte sie in der Berufungsbegründung richtig zitiert, unabhängig von der Kenntnis des Auftraggebers. **Der Schaden des Klägers, um den es hier geht, ist aber dadurch, daß der Beklagte die ihm obliegenden Korrekturen und zeitnahen Buchungen nicht ausgeführt und dann auch nicht während der weiteren Dauer des Vertragsverhältnisses nachgeholt hat, immer wieder neu entstanden.** Der Beklagte betont selbst, daß ihm die Ergänzungs- und Korrekturbedürftigkeit der Buchführung für die beiden strittigen Jahre vollaufbewußt war. Als maßgeblicher **Entstehungszeitpunkt** im Sinne des § 68 StBG ist daher erst der Moment **anzusehen, in dem jeder weiteren Arbeit des Beklagten an der unzulänglichen Buchführung der Boden entzogen wurde, also die fristlose Kündigung am 4. 4. 1984** (vgl. BGHZ 83, 21).

Die vom Beklagten hilfsweise erklärten Aufrechnungen haben zu keinem Untergang der Forderung des Klägers geführt. Der angebliche **Honoraranspruch** des Beklagten, über den er am 30. 3. 1984 eine Rechnung erteilt hat, ist nicht in der hierfür vorgeschriebenen Form eingefordert worden. Die Rechnung genügt nicht den Anforderungen des § 9 StbGebV. Sie ist **weder unterschrieben, noch genügt sie den inhaltlichen Anforderungen des § 9 Abs. 2 StbGebV.** Diese Verordnung findet auf die genannte Forderung Anwendung. **Sie ist seit dem 1. 4. 1982 in Kraft** (§ 49 StbGebV) und seitdem anwendbar auf alle Angelegenheiten, mit deren Bearbeitung erst nach ihrem Inkrafttreten begonnen worden ist (§ 47 StbGebV). **Die vom Beklagten am 30. 3. 1984 berechneten Jahresabschlüsse für 1979, 1980 und 1981 sind unstreitig erst kurz vor bzw. während der Betriebsprüfung im Frühjahr 1984, also lange nach Inkrafttreten der Gebührenverordnung erarbeitet worden.** Daß sich diese Abschlüsse auf Zeiträume vor dem Inkrafttreten der Verordnung beziehen, ist unbeachtlich. Auf die inhaltliche Richtigkeit und rechtliche Verbindlichkeit der nach Behauptung des Beklagten der Rechnung zugrundegelegten Honorarvereinbarung kommt es danach nicht an.

Mangels jeglicher Rechnungserteilung muß demnach erst recht auch die im Berufungsverfahren erstmals geltend gemachte weitere Aufrechnung mit der Honorarforderung des Klägers für 50 Stunden Mitarbeit bei der Betriebsprüfung im Frühjahr 1984 scheitern.

GI Hinweis

Die Gründung einer stillen Gesellschaft gehört zum „Beratungsrepertoire“ der Steuerberater bei Familienunternehmen, Ausländerbeteiligungen etc. Fichtelmann hat diesem Beratungsbedarf in der dritten, völlig neu bearbeiteten und erweiterten Auflage des Standardwerks „GmbH und Still im Steuerrecht“ (C. F. Müller, Juristischer Verlag GmbH, Heidelberg, 1990, 158 Seiten, 68,— DM) Rechnung getragen. Seine Darstellung orientiert sich an den durch die Praxis aufgeworfenen steuerlichen Besonderheiten. Schwerpunkte seiner Ausführungen sind die Mitunternehmerschaft, Gesellschaftssteuer, Beteiligung minderjähriger Kinder, Begründung, Auflösung und Übertragung der stillen Gesellschaft. Das Werk endet mit ausführlichen Vertragsmustern zu den Hauptfällen einer stillen Beteiligung. Fichtelmann weist auf Alternativlösungen hin und gibt kurze Erläuterungen zu einzelnen Vertragsvorschriften.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–5, 1990)

Agenturgeschäft	90, 36		
Allgemeine Versicherungsbedingungen			
– AGB-Gesetz, § 3 und § 5	90, 42		
– Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte, § 4 Zf. 4 AVB	90, 42		
Anderkonto			
– Beschlagnahme d. Kontounterlagen	90, 94		
– des Notars	90, 51		
– Verfügung über Gelder	90, 51		
Auskunftsvertrag			
– stillschweigender Abschluß			
= Verdienstbescheinigung	90, 40		
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA			
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit			
= Aufklärung d. FA	90, 53		
– Bildung einer Rücklage gem. § 6 b EStG	90, 73		
– Ende d. –			
= Beratung über Firmenumstrukturierung	90, 62		
= Verfahren zur Anrechnung italienischer Körperschaftsteuer	90, 62		
– Entnahme	90, 73		
– Schutzzweck	90, 82		
Beschlagnahmeverbot § 97 StPO			
– Anderkonto	90, 94		
– Kontounterlagen	90, 94		
Beweislast			
– f. Fehlberatung	90, 33		
– Rückgabe von Mandantenunterlagen	90, 37		
– Schaden			
= bei rechtmäßigem Alternativverhalten	90, 33		
Berufsverbot	90, 32		
Dritthaftung			
– stillschweigender Auskunftsvertrag			
= Verdienstbescheinigung	90, 40		
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	90, 19		
= Auftrag zur Bilanzerstellung	90, 3		
= Bewertungsgutachten	90, 3		
= Bonitätsprüfung	90, 3		
= Darlegung f. Schaden	90, 3		
= Mitwirkung b. Gesellschaftsgründung	90, 19		
Fristenkontrolle			
– Fristenkontrollbuch			
= Telefax	90, 32		
		– Rechtsmittelauftrag an Kollegen	90, 32
		– Rückfrage bei Mandanten	90, 2
		– Telefax/Telebrief	
		= Fristenkontrollbuch	90, 32
		= Prozeßvollmacht	90, 32
		Honoraranspruch d. StB	
		– Arglisteinwand	90, 83
		– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	90, 104
		– Fälligkeit, § 7 StBGebV	90, 104
		– Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	
		= Bilanzberechtigung	90, 101
		= Mittelgebühr	90, 101
		– für nicht erbrachte Leistung	90, 72
		– Unterzeichnung d. Rechnung	90, 72
		Honoraranspruch d. Wp	
		– d. Mehrfachberufers	90, 72
		– Steuerberatergebührenverordnung	90, 72
		Kausalität	
		– wirtschaftl. Vorteile bei steuerlichen Nachteilen	90, 73
		– Schutzzweck, Steuerrisiko	90, 82
		Kenntnis des Steuerrechts	
		– intern. Rechtsregeln	90, 2
		Konkursverwalter, Haftung d. –	
		– Liquidationsverschleppung	90, 72
		Mehrfachberufler	
		– Steuerberatergebührenverordnung	90, 72
		Mitverschulden	
		– Prüfung der Bilanz	90, 57
		– Prüfung d. Steuererklärung	90, 57
		Nachbesserung	
		– Recht d. StB's zur Mängelbeseitigung	90, 106
		– Verjährung d. Kostenanspruchs	90, 106
		Nichtzulassungsbeschwerde	
		– Begründung d. –	90, 50
		Notar	
		– Anderkonto	90, 51
		= Rechtsweg f. Schadensersatzanspruch	90, 51
		Pflegebetriebsbetrieb	90, 39
		Prospekthaftung	
		– ohne Namensnennung in Prospekt	90, 13
		– d. Treuhänders	90, 13
		– Vertrauensschaden	90, 14

Provisionsgeschäfte			Vorteilsausgleich	
- Gebühr f. Anlageberatung	90, 15		- Steuervorteil	90, 37, 38
- Herausgabepflicht	90, 15		Wirtschaftsberatung	
- Zahlung an Strahmann	90, 15		- Berufsbild d. Steuerberaters	- 90, 94
Rechtsanwalt			BGH v. 25.1.1989 - VII ZB 32/88	90, 2
- Belehrungspflicht			= VersR 1989, 1167	
= Prozeßkostenhilfe	90, 72		BGH v. 26.1.1989	90, 32
- Treueverhältnis gem. § 266 StGB	90, 87		= wistra 1989, 181	
- Verantwortungsbereiche f. Fristwahrung			BGH v. 13.7.1989 - VII ZR 223/88	90, 50
= Mitwirkung eines Anwalts	90, 32, 50		BGH v. 11.7.1989 - II ZB 5/88	90, 32
- Verkehrs-/Prozeßanwalt	90, 32, 50		BGH v. 24.8.1989 - I StR 329/89	90, 94
Rechtsberatung			= wistra 1990, 98	
- d. Wp	90, 18		BGH v. 28.9.1989 - VII ZB 9/89	90, 32
= Ausarbeitung eines Gesellschaftsvertrages	90, 18		= VersR 1989, 1316	
Schaden			BGH v. 17.10.1989 - XI ZR 158/88	90, 73
- bei Entnahme	90, 73		= WM 1990, 188	
- unvermeidbare Steuerzahlung	90, 53		BGH v. 7.12.1989 - I ZR 3/88	90, 94
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB			= Steuertelex	173/90
- Testat ohne Prüfung	90, 95		BGH v. 14.12.1989 - IX ZR 119/88	90, 51
Sozietät			BGH v. 12.1.1990 - IX ZR 245/88	90, 72
- Rechtsschein, Briefbogen, Stempel, Siegel	90, 73		BGH v. 30.1.1990 - XI ZR 63/89	90, 82
- neuer Sozios	90, 73			
- Vertrag mit Sozietät o. Sozien	90, 73		BVerfG (Vorprüfungsausschuß) v. 9.10.1989	90, 94
Steuerberatungsgesetz			- 2 BvR 1558/89	
- § 57			= wistra 1990, 97	
= Wirtschaftsberatung	90, 94		Bayr. OLG v. 26.10.1987 - 4 St 164/87	90, 2
= Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2		= StB 1989, 159	
- § 67			OLG Celle v. 20.9.1989 - 3 U 240/88	90, 3
= Nichtzahlung d. Versicherungsprämie	90, 2		OLG Düsseldorf v. 6.10.1988 - 8 U 188/87	90, 50
Steuerberatungsvertrag			= VersR 1989, 850	
- Mängelbeseitigung	90, 106		OLG Düsseldorf v. 13.7.1989 - 8 U 223/88	90, 32
Steuergestaltungsberatung			= VersR 1989, 1262	
- Agentengeschäft	90, 36		OLG Düsseldorf v. 27.7.1989 - 12 U 226/88	90, 8
- Umwandlung	90, 33		OLG Frankfurt v. 4.4.1989 - 14 U 231/87	90, 33
- Veräußerungsgewinn	90, 33		OLG Frankfurt v. 20.9.1988 - 11 U 15/88	90, 95
= Gesellschaftsanteil u. Betriebsgrundstück	90, 47		OLG Hamm v. 15.6.1988 - 25 U 155/87	90, 57
Steuerhinterziehung			OLG Hamm v. 14.6.1989 - 25 U 22/88	90, 104
- Berufspflichtverletzung	90, 2		OLG Hamm v. 23.6.1989 - 25 U 148/88	90, 72
- unvollständige Rechnung, § 14 I UStG	90, 2		OLG Hamm v. 26.6.1989 - 25 W 14/89	90, 106
- Steuererklärung des StB	90, 2		OLG Hamm v. 5.7.1989 - 25 U 233/88	90, 53
Telefax/Telebrief			OLG Hamm v. 30.9.1989 - 25 U 251/87	90, 36
- Fristenkontrollbuch	90, 32		OLG Hamm v. 11.11.1989 - 25 U 25/88	90, 15
- Übersendung der Prozeßvollmacht	90, 32		OLG Karlsruhe v. 24.5.1989 - 6 U 51/88	90, 18
Treuhänder			OLG Karlsruhe v. 30.8.1989 - 1 Ws 60/89	90, 87
- Mehrwertsteueroption	90, 8		= NSiZ 1990, 82	
- Prospektangaben,			OLG Koblenz v. 28.2.1989 - 12 W 96/89	90, 59
zugewiesene Eigenschaften	90, 8		= VersR 1990, 41	
- Schadenersatz, negatives Interesse	90, 14		OLG Koblenz v. 9.6.1989 - 2 U 1907/87	90, 2
- Überwachung Dritter	90, 28		= NJW 1989, 2699	
= Gestaltung d. Zwischen- und Endmiet-			OLG Koblenz v. 20.11.1989 - 1 W 489/89	90, 72
verhältnisses	90, 28		= vgl. auch: OLG Düsseldorf AnwBl. 1987, 47	
Unternehmensbeteiligung			= AnwBl. 1984, 444	
- Geschäftswertermittlung d. StB	90, 3		OLG Köln v. 4.10.1989 - 2 U 13/89 rkr.	90, 72
= Bonitätsprüfung d. StB	90, 3		= DStR 1990, 45	
- Haftung f. Altverbindlichkeiten,			OLG Köln v. 7.3.1990 - 11 U 208/89	90, 110
§ 25 Abs. 2, § 28 Abs. 2 HGB	90, 19			
Unterschrift			OVG Hamburg v. 25.7.1989	
- Klageschrift	90, 94		= OVG Bf VI 64/86	90, 30
Untreue, § 266 StGB			= DStR 1989, 683	
- Auskehr v. Mandantengeldern	90, 87		LG Köln v. 15.2.1989 - 171 StL 3/89	90, 30
- d. Rechtsanwaltes	90, 87		= StB 1989, 335	
- Strafzumessung	90, 94		LG Köln v. 15.2.1989 - 171 StL 1/89	90, 30
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)			= StB 1989, 336	
- Belehrungspflicht über eigene Fehler und			LG Köln v. 19.10.1989 - 2 O 71/89	90, 69
Verjährungsvorschrift Sekundäranspruch			LG Oldenburg v. 27.8.1984 - 13 O 864/84	90, 38
= Ende der Belehrungspflicht			LG Paderborn v. 19.10.1989 - 3 O 304/89	90, 40
- Auflösung d. StB-Vertrages	90, 62		LG Stuttgart v. 28.2.1989 - 17 O 602/88	90, 28
= schuldhaftes Verletzung d. -	90, 62		LG Stuttgart v. 12.12.1989 - 17 O 279/89 (rkr.)	90, 42
- Verjährungsbeginn			LG Würzburg v. 20.10.1989 - QS 323/89	90, 94
= Bestandskraft d. Steuerbescheides	90, 62		= wistra 1990, 118	
= Folgeschäden	90, 62		LG Wuppertal v. 6.12.1988 - 5 O 168/88	90, 47
= Nachbesserungskosten	90, 106			
Versicherungsschutz			BfH v. 12.5.1987 - VII B 63/87	90, 50
- Bindung des Halpflurteils	90, 42		= BfH NV 1988, 38	
- Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte			BfH v. 19.1.1989 - IV R 21/87	90, 32
(§ 4 Zf. 4 AVB)			= NJW 1989, 2646	
- wesentliche Pflichtverletzung (§ 4 Nr. 6 AVB)				
= Nichtaufdeckung einer Interessen-			EG Berlin v. 17.8.1988 - 1 EG 10/88	90, 2
verflechtung	90, 42		= RBeitand 1989, 55	
= Fristversäumnisse	90, 59		FG Hamburg v. 20.7.1989 - I 162/88	90, 94
- Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2		= EFG 1990, 119	
Vorsatz			FG Saarland v. 24.5.1989 - 2 K 214/86	90, 30
- Schadenzufügung, § 826 BGB	90, 95		= DStR 1989, 719	

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.